

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739 Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 12 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 15. Februar 1950

Seite 1

C a Ausschüsse

Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung

Die Oberhausener Tagung der Sozialausschüsse wird in die Geschichte der CDU/CSU eingehen als ein Bekenntnis zum christlichen Sozialismus. Ihre weit über den Tag hinausreichende Bedeutung liegt darin, daß sie — negativ gesprochen — die Periode der Unsicherheit, die hier und da bis zur Mutlosigkeit und stellenweise gar bis zur schleichen- den Krise hinüberreichte, abgeschlossen und — in positivem Sinne — die in der CDU/CSU vereinigte christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft — hier im weitesten Sinne verstanden — auf der Grundlage des unabdingbaren christlichen Sozialprogramms geistig-ideologisch und organisatorisch-technisch zu einer Einheit zusammengefügt hat. Ideell ist diese von starken Potenzen getragene Einheit gegen alle Einbrüche fremder Ideologien abgeschirmt, gleichgültig, ob sie vom Liberalismus oder vom Marxismus herkommen. Zwischen den beiden Extremen hat die christliche Arbeitnehmerschaft, bauend auf dem unveräußerlichen Programm von Ahlen, ihren politischen Standort eindeutig bestimmt. Sie hat keine Veranlassung, hier oder dort geistige Anleihen aufzunehmen, und sie beweist allein durch ihre Existenz, daß weder die SPD noch der Deutsche Gewerkschaftsbund das Monopolrecht für die Lösung der sozialen Probleme der Gegenwart für sich in Anspruch nehmen kann. Das ist es, was in diesen Blättern immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, und das ist es auch, was die gesamte christliche Arbeitnehmerschaft mit tiefer Genugtuung und mit berechtigtem Stolz erfüllt. An ihr liegt es nun, die in Oberhausen gefaßten Entschließungen zum geistigen Besitz der Massen der werktätigen Bevölkerung zu machen und sie aus der geschichtlichen Kraft der christlichen Arbeiterbewegung in die Tat umzusetzen.

Wie stark dieses Bewußtsein der christlichen Verantwortung und der historischen Sendung der christlich-demokratischen Arbeitnehmer ist, das haben die von tiefer Gläubigkeit getragenen Ausführungen des MdB. Theo Blank in der Bundestagssitzung vom 8. Februar bewiesen, als er die programmatischen Forderungen der Regierungserklärung in ihrem innersten Gehalt auf das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze zurückführte. Bedeutete schon die Vorlage des CDU/CSU-Antrages auf gesetzliche Regelung der Eigentumsverhältnisse der Kohlengruben eine nicht geringe Ueberraschung für alle anderen Parteien, so hat Abg. Blank keinen Zweifel darüber gelassen, daß die CDU/CSU nunmehr die rasche Verwirklichung dieser Forderung anstrebt. Es war vorauszusehen, daß diese Absicht bei den Liberaldemokraten auf energischen Widerspruch stoßen würde. Zwar haben diese während des Wahlkampfes auch in dieser Beziehung weitgehende Zugeständnisse an die Wähler gemacht, aber selbst die maßvollen Forderungen christlicher Sozialpolitiker stießen in ihren Reihen auf erbitterte Gegnerschaft. Die Abstimmung brachte den von der CDU/CSU angestrebten Erfolg: der Antrag wurde mit den Stimmen des Kanzlers und der CDU/CSU-Minister gegen die beiden anderen Regierungsparteien angenommen. Damit war bewiesen, daß die christliche Arbeitnehmerschaft nicht isoliert dasteht, sondern daß sie von der gesamten CDU/CSU gestützt wird. Alles Geschwätz von Spaltungen innerhalb der Union, auf die die liberale bürgerliche Presse, wie etwa die „Frankfurter Allgemeine“, sehr deutlich spekuliert, hat sich als töricht erwiesen. Die CDU/CSU hat in einer der wichtigsten Fragen ihre Geschlossenheit bewahrt — so sehr es auch zu bedauern ist, daß nun die Koalition einen Riß bekommen hat. Gegenüber dem dumpfen Grollen von rechts stellt die Union mit aller Klarheit fest, daß sie sich in sozialpolitischen Dingen auch von der Rechten keine Vorschriften machen läßt. Das ist kein leichtfertiges Spiel

mit der Koalition, wohl aber ein eindeutiges Bekenntnis der CDU/CSU zu den prinzipiellen Forderungen einer auf religiöser Ueberzeugung fundierten Sozialpolitik. Auch diese Tatsache wird von den christlich-demokratischen Wählern draußen im Lande als ein überzeugender Beweis dafür gewertet, daß die Union nicht gewillt ist, auch nur ein Jota von ihrem Programm abzuweichen.

Der Geist von Oberhausen stand — ohne daß man ihn mit Zauberformeln zu beschwören brauchte — auch über der großen Bundestagsdebatte über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am 9. Februar. Von dieser Wetterecke her zogen düstere Wolken herauf, die uns alle mit einiger Besorgnis erfüllten. Nicht nur das Schicksal von rund zwei Millionen Menschen steht auf dem Spiel — auch die Politik der Partei, die Treue ihrer Wähler und die Echtheit ihrer Grundsätze wurden in den letzten Wochen einer harten Belastungsprobe unterzogen. Erst am letzten Sonntag hat uns der Parteitag von Südbaden den Ernst der Lage deutlich ins Bewußtsein gerufen. Es bedurfte schon der ganzen Charakterstärke und des unbeirrbareren Glaubens an die Politik Dr. Adenauers, um dem von Lug und Trug diktierten Trommelfeuer der gegnerischen Presse standzuhalten. Nun ist auch dieser Bann gebrochen. Nicht weil die SPD im Bundestag aus durchsichtigen Gründen ihren Agitationsantrag eingebracht hatte — sondern weil nach der klaren Erkenntnis der Regierung jetzt die Stunde gekommen war, die die realen Voraussetzungen für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Reife brachte, und die es erlaubte, mit einem stark fundierten, technisch durchführbaren Programm vor das Volk zu treten. Man begibt sich auf allzu bequeme Weise der Verantwortung, wenn man von der Regierung Dinge fordert, deren Verwirklichung nicht in ihrem freien Willen liegt, und deren Erfüllung schließlich über menschliche Kraft hinausgeht. Was praktisch möglich ist, wird mit Entschlossenheit durchgeführt, daran haben die Reden Dr. Adenauers wie auch der Minister Erhard und Storch nicht den leisesten Zweifel gelassen. Das vorliegende Arbeitsprogramm zeigt Grenzen und Möglichkeiten auf, die jeder Regierung gesetzt sind. Wer allerdings die Währung in Gefahr bringen will, wer die nationale Unfreiheit leugnet und sich wie in politischer Harlekin über die vielfältigen internationalen Schwierigkeiten hinwegsetzt, dem wird selbst dieses Programm nicht ausreichen. Aber auch der Sprecher der SPD, Prof. Nölting, konnte unter der Wucht der elementaren Tatsachen nicht umhin, der Regierung zuzugestehen, daß nicht sie im Grunde die Schuld an der Arbeitslosigkeit trägt. Man muß es bedauern, daß dieser Erkenntnis nicht auch die praktischen Vorschläge zur Beseitigung des Übels folgten. Was die Regierung dem Bundestag vorzulegen hatte, ist ein Programm realisierbarer Möglichkeiten, um das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen, und es ist im letzten Sinne ein Programm aus tiefster christlicher Verantwortung, zu dem sich die Sozialausschüsse in Oberhausen bekannten.

Wir erwarten nicht, daß die SPD sich diesem Programm anschließt. Was wir aber von ihr und von jeder verantwortungsbewußten Opposition verlangen müssen ist, daß sie alles unterläßt, was die Sanierungsarbeit der Regierung gefährden könnte. Auch die passive Resistenz ist ein gefährliches Mittel der Sabotage! Was die Opposition an brauchbaren Vorschlägen zur Beseitigung der Massennot beisteuert, wird sicher berücksichtigt. So bleibt zu hoffen, daß Regierung und Opposition sich in dem gemeinsamen Willen begegnen, das größte Hemmnis der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung unseres Volkes baldigst zu beseitigen.

MITTELDEUTSCHE CREDITBANK

HAUPTVERWALTUNG FRANKFURT AM MAIN
Neue Mainzerstraße 32-36
Telefon 40441 und 41047

ABTEILUNG FÜR PRIVATKUNDSCHAFT

DEPOSITENKASSE BOCKENHEIM

GESCHÄFTSSTELLEN IN HESSEN:

Eschwege	Höchst	Offenbach
Friedberg	Kassel	Wetzlar
Giessen	Marburg	Wiesbaden
Hanau	Neu-Isenburg	Wiesbaden-Kastel

Erladigung aller bankmäßigen Geschäfte — Führung von Sparkonten

AKKREDITIERTE AUSSENHANDELSBANK

Weinhaus Fendel · Weingut Fendel
Rüdesheim - Eibingen / Rheingau

Nur Eigenbauweine von bekannter Qualität

*

Gartenterrasse mit herrlichem Rheinblick

Kirchenglocken

seit 1570

S.

B. Grüninger Söhne R.G.

Villingen (Baden) Neu-Ulm (Donau)

In Kürze erscheint unser
**Politisches Jahrbuch
der CDU-CSU**

Herausgeber:

Generalsekretär der A. G. CDU-CSU
Bruno Dörpinghaus und Dr. Kurt Witt

mit Beiträgen namhafter Politiker, u. a.

Ministerpräsident Arnold, Ministerpräsident Dr. Erhard
Wirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard

Für jeden wirtschafts- und kulturpolitisch interessierten Menschen
ein unentbehrliches Nachschlage-Werk

Es unterrichtet Sie über:

Werden und Wachstum der Union
Wille und Werk der CDU-CSU

Außerdem enthält es wertvolles statistisches Material.

Repräsentativste Jahreserscheinung der Union
In Halbleinen gebunden, ca. 360 Seiten Umfang.
Format Din A 5 Vorzugspreis DM. 6.80

Bestellungen sind zu richten an:

Arbeitsgemeinschaft der CDU-CSU, Generalsekretariat Frankfurt/M., Bettinastr. 64

Weingut und
Weinversand



JOHANN LEONH. ESER

Oestrich Rheingau

Landstraße 52

Rheingauer
Qualitätsweine
in günstigen Preislagen

Verlangen Sie die Weinlisten

C c Ausschüsse

Zur Deutschlandtagung der Sozialausschüsse der CDU/CSU

Wir setzen die Wiedergabe der wichtigen Entschlüsse der Deutschlandtagung der Sozialausschüsse der CDU/CSU in Oberhausen fort.

Unlösliche Schicksalsgemeinschaft

Die in Oberhausen versammelten Delegierten der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeiterschaft (CDU/CSU) bekennen sich zur unlöslichen Schicksalsgemeinschaft mit den Deutschen der sowjetischen Besatzungszone.

Sie erwarten von der Bundesregierung, daß sie bei allen Maßnahmen, auf welchen Sachgebieten es auch immer sein mag, das gesamtdeutsche Interesse als oberstes Gebot beachtet. Es darf nichts geschehen, was einer künftigen Wiedervereinigung Deutschlands hinderlich sein könnte.

Darüber hinaus sind alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die deutsche Wiedervereinigung zu erleichtern.

Der Einheitsagitator der Kommunisten, die nur der Ausdehnung des totalitären Systems der Sowjetzone auf ganz Deutschland dient, ist mit aller gebotenen Energie entgegenzutreten. Unachtsamkeit, Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber kommunistischen Infiltrationsversuchen bedeuten Förderung des kommunistischen Vordringens in die Bundesrepublik, wo der Kommunismus ohnedies unablässig nach Stützpunkten sucht.

Als Voraussetzung und zugleich als Weg für die deutsche Wiedervereinigung erkennen die Delegierten der christlich-demokratischen Arbeiterschaft die Abhaltung freier Wahlen unter internationaler Kontrolle in ganz Deutschland.

Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt es unabdingbare Pflicht für alle Deutschen im heutigen Gebiet der Bundesrepublik, die menschliche Verbundenheit zu den Deutschen in der Sowjetzone aufrecht zu halten und ihnen durch jede nur mögliche materielle und ideelle Hilfe von Mensch zu Mensch beizustehen.

Richtlinien zur Gewerkschaftsfrage

A. Grundsätze

I. Notwendigkeit und Bedeutung der Gewerkschaften

1. Die Einheitsgewerkschaft ist aus der Entfaltung der gewerkschaftlichen Aufgaben im kapitalistischen Zeitalter mit fast geschichtlicher Notwendigkeit von den besten Männern aller Richtungen angestrebt und inzwischen Tatsache geworden.
2. Die Gewerkschaften stellen im Leben unseres Volkes einen wesentlichen Machtfaktor dar, der jedoch nur als Element des Aufbaues einer sozialen Demokratie wirksam, aber nicht als Mittel des Umsturzes, von oben nach unten, mißbraucht werden darf.

II. Unsere Stellung zur Gewerkschaft

1. Um dem fortschrittlich sozialen Willen in Wirtschaft und Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen, um der praktischen Gleichberechtigung und tatsächlichen Eingliederung der breiten Schichten unseres Volkes in das künftige Gesellschaftsgefüge willen, haben wir uns zu erneuter aktiver Mitarbeit entschlossen, darüber hinaus aus der Erkenntnis, daß die früheren christlichen Gewerkschaften die besten Vertreter des Einheitsgedankens waren und sind. Wir erleben aufs neue allenthalben, daß Spaltung, Schwäche, Doppelgleisigkeit der Organisation Bruderkampf bedeutet.
2. Wir sind uns dabei der im Laufe der Zeit in Deutschland, Europa und der Welt sich häufenden Störungsfaktoren voll und bewusst und fühlen uns zur Wachsamkeit verpflichtet. Der Linksradikalismus darf nicht wieder aufs neue als politisch und gewerkschaftlich organisierte Kraft in Erscheinung treten.
3. Die vielen und harten Erfahrungen gewerkschaftlicher Zusammenarbeit nach 1945 haben uns allerdings auch helllichtig und zugleich entschlossener gemacht für unerläßliche Bedingungen und Voraussetzungen, ohne deren Erfüllung es in absehbarer Zeit keine Einheitsgewerkschaft mehr geben würde.

III. Voraussetzung der gewerkschaftlichen Einheit

1. Wichtigste Voraussetzung ist und bleibt die unbedingte parteipolitische und religiöse Neutralität, d. h. die Gewerkschaften müssen parteipolitisch und kirchenpolitisch völlig ungebunden sein. Jede ideelle, materielle und personelle Abhängigkeit von irgendeiner Partei oder Religionsgemeinschaft ist abzulehnen. Dabei werden die

politischen Bildungskräfte, organisiert in den Parteien, und die religiösen Grundkräfte, welche in den Kirchen lebendig sind, in ihrer staats- und gesellschaftsaufbauenden Bedeutung beachtet und anerkannt. Innerhalb der Gewerkschaften verlangt diese zweifache Neutralität die volle Gleichberechtigung der Mitglieder und die Ablehnung jeder Beeinflussung, Umerziehung und Bevormundung im Sinne einer bestimmten Richtung.

2. Die zweite Voraussetzung ist die Führung der Gewerkschaften nach strengen demokratischen Grundsätzen unter Wahrung der sich aus Beruf und Betrieb ergebenden gruppenbildenden Prinzipien mit dem Ziel einer alle Einzelgewerkschaften umfassenden Dachorganisation.
3. Dritte Voraussetzung ist die Ablehnung jeder Parteiideologie, insbesondere des Marxismus östlicher Prägung als gewerkschaftsfremde und gewerkschaftsfeindliche Auffassung. Links- oder Rechtsfaschismus ist mit einer positiven Gewerkschaftsideologie unvereinbar.
4. Vierte Voraussetzung ist die Ausbildung einer Gewerkschaftsideologie, die frei von jeder illusionären Verharmlosung (wirtschaftsfriedliche, gelbe Gewerkschaften), aber ebenso frei von jeder revolutionären Scharfmacherei (Lenins Gewerkschaftstheorie) eine gewerkschaftstheoretische Plattform schafft, auf die alle Arbeitnehmer treten können, die guten Willens sind. Eine Ideologie, die sich der gewerkschaftlichen Prinzipien, der Methoden und Mittel, der Aufgaben und Ziele, der Möglichkeiten und Grenzen des gewerkschaftlichen Arbeitsfeldes bewußt ist und auf ein Minimum weitanschaulicher Grundformen beschränkt bleibt. Das Uebergewicht einer Ideologie muß von der inneren gewerkschaftlichen Einheit willen überwunden werden.
5. Eine weitere Voraussetzung ist die echte Begegnung von Mensch zu Mensch. Im gewerkschaftlichen stärker als in jedem anderen Raum begegnen sich Christen und Sozialisten. Der gewerkschaftliche Raum ist heute wie ehemals das Übungsfeld für die Wiederbegegnung einander fremd gewordener Volksgruppen. Innerhalb der früheren christlichen Gewerkschaftsbewegung fanden sich katholische und evangelische Arbeitnehmer zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Es muß weiterhin alle Kraft darangesetzt werden, daß die Vertrauensbasis weit genug wird, damit christliche und sozialistische Arbeitnehmer im gewerkschaftlichen Sektor auch innerlich zueinander finden.
6. Eine letzte Voraussetzung ist die Einsicht in die Begrenzung des gewerkschaftlichen Arbeitsfeldes, und die Beschränkung auf gewerkschaftliche Ziele.

IV. Wesen und Aufgaben der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind berufen zur Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer, Angestellten und Beamten und zur Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Aufgabenstellung ist innerhalb dieser allgemeinen Wesensumschreibung mannigfaltig und je nach der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe verschieden. Der Aufgabenkreis ist gewachsen und dem geschichtlichen Ablauf entsprechend so zu umschreiben:

- a) Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Notlage der Arbeitnehmer.
 - b) Günstigere Einkommens- und Tarifgestaltung.
 - c) Besserung und Festigung der arbeits- und sozialrechtlichen Stellung der Arbeitnehmer.
 - d) Mitbestimmung der Betriebsräte in sozialen und personellen Fragen des Betriebes.
 - e) Insbesondere gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Fragen der Wirtschaftsgestaltung, Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsführung. (Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei wirtschaftlichen Fragen.)
- i) Die Gewerkschaften haben heute in einer fortschrittlichen Wirtschaftsordnung gleichberechtigt in den Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und in den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsformen neben den staatlichen Kontrollstellen und dem freien Unternehmertum ihre Aufgabe als mitentscheidender Faktor und Glied der Volkswirtschaft zu erfüllen.
- g) Die Gewerkschaften haben auf diesem Wege zur Ueberwindung der Klassenspaltung beizutragen und einer gerechten Gesellschaftsordnung zu dienen.

V. Grenzen der gewerkschaftlichen Aufgaben

1. Die Erfahrungen machen eine klare Abgrenzung der gewerkschaftlichen Arbeit gegenüber den Parteien und parlamentarischen Instanzen notwendig.
2. Die Gewerkschaften stellen die organisierte Selbsthilfe der Arbeitnehmerschaft dar, mit dem Bestreben, Organe der Volkswirtschaft zu werden. Damit sind sie auf den vor- oder innerstaatlichen Raum der freien Gemeinschaftsbildung verwiesen und beschränkt auf die Gruppe der Arbeitnehmer im Rahmen sozial- und wirtschaftspolitischer Aufgabenstellung.
3. Parteien sind Organe des politischen Willens einer oder mehrerer Volksgruppen. Sie sind Wesenselemente der parlamentarischen Demokratie und stehen damit auf einer anderen Ebene als die Gewerkschaften. Sie umspannen zumeist mehrere Volksgruppen und soziale Schichten und haben über den wirtschaftlich-sozialen Bereich hinaus gesamtpolitische Aufgaben.

Gewerkschaften und Parteien unterscheiden sich also in wesentlichen Punkten. Gewerkschaften können Parteien nicht ersetzen, sondern benötigen sie zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den parlamentarischen Vertretungskörperschaften.

4. Die Gewerkschaften haben nicht die Aufgabe der Korrektur, Ergänzung oder gar Auf- und Ablösung der parlamentarischen Institutionen. Sie stehen vielmehr auf dem Boden der sittlichen Normen, der Verfassung und der Gesetze. Sie haben die parlamentarischen Gepflogenheiten zu achten und nicht zu umgehen. Sie müssen die demokratischen Organe der Gesetzgebung, der Regierung und der Verwaltung anerkennen.

Umgekehrt haben die Parteien und Staatsorgane die Gewerkschaften in ihrer Eigenständigkeit und Selbstverwaltung im Rahmen ihres Aufgabengebietes anzuerkennen und nicht zu beschränken. Die Gewerkschaften haben das Recht der Kritik und das Recht der Bekundung ihres gewerkschaftlichen Willens und der politischen Einflußnahme auf dem Boden der Gesetze, innerhalb der demokratischen Gepflogenheiten mit dem Ziele, dem Gesamtwohl des Volkes zu dienen.

VI. Gewerkschaften und Streik

1. Der Streik ist als letztes gewerkschaftliches Kampfmittel zulässig.
2. Der politische Streik als Einzel- oder Generalstreik zur Erreichung parteipolitischer Ziele ist abzulehnen.
3. Lediglich im Falle des Verfassungsbruches irgendeiner revolutionären oder „legalen Machtergreifung“, im Falle der Mißachtung internationaler Abmachungen oder der akuten Gefahr kriegerischer Verwicklungen sind die Gewerkschaften berechtigt, ihre ganze Macht einzusetzen, und zwar um des Friedens der Volksschichten und der Völker untereinander willen.
4. Steht auch die Beamtenschaft in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat, so kann ihr jedoch das Streikrecht nicht in jedem Falle abgesprochen werden (vgl. VI, 3).

B. Schlußbemerkung

1. Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft ist zu verstärkter Aktivität und zum Einsatz ihrer ganzen Kraft im gewerkschaftlichen Raum aufgerufen.
2. Die Sozialausschüsse der Union haben ein Interesse daran, in ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Gewerkschaften zu kommen.
3. Die volle Gleichberechtigung aller Mitglieder verlangt die Besetzung der Stellen in den Gewerkschaften nach charakterlicher und fachlicher Eignung, nicht nach Parteibuch und Gesinnungstüchtigkeit. Auch soll ein gerechter Ausgleich zwischen den Vertretern der früheren Richtungen ermöglicht werden.
4. Die gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen, d. h. Forschung, Schule, Presse und Literatur, dürfen nicht in einer einseitigen Gedankenwelt entwickelt werden.
5. Es muß erwartet werden, daß auch die christliche Soziallehre als aufbauender Beitrag gewertet und zum Nutzen der Gewerkschaften kraftvoll entfaltet wird.
6. Zur Ahndung aller Verstöße gegen Toleranz, Gleichberechtigung und Grundsätze der gewerkschaftlichen Arbeit muß ein paritätisch zusammengesetzter Prüfungsausschuß wirksam werden.
7. Die Herabsetzung politischer Parteien und die persönliche Diffamierung führender Politiker, Propaganda und Ueberzeugungsversuche im Sinne einer bestimmten Partei müssen unterbleiben.

Bei Wahrung dieser Grundsätze und bei Erhaltung dieser konkreten Forderungen ist die Solidarität der gesamten Arbeitnehmerschaft in den Gewerkschaften gewährleistet.

Satzung der Sozialausschüsse der CDU

Die Sozialausschüsse sind die Zusammenfassung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (= Arbeiter-, Angestellten-, Beamtenschaft). Ihr besonderes Anliegen ist es, soziales Gewissen und soziale Kraft der Christlich-Demokratischen Union zu sein.

I. Zweck.

1. Sammlung und Aktivierung der gesamten christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft zum Zwecke der Einflußnahme auf das politische Leben nach den Grundsätzen der Christlich-Demokratischen Union.
2. Bildung und Schulung in diesem Sinne.
3. Vertretung der Arbeitnehmerschaft innerhalb der CDU.

II. Aufgabe.

1. Regelmäßige Durchführung von Zusammenkünften, Versammlungen und Kundgebungen.
2. Aktive Mitarbeit der Mitglieder in der CDU, in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und befreundeten Organisationen.
3. Herausgabe eines Presseorgans.
4. Erforschung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Zusammenhänge.
5. Durchführung von Bildungslehrgängen.
6. Herausgabe von Bildungsmaterialien.

III. Organe der Sozialausschüsse.

1. Hauptversammlung.

Die Hauptversammlung setzt sich aus den Mitgliedern des Hauptausschusses, aus dem Hauptvorstand und den Delegierten der Landessozialausschüsse zusammen. Die Hauptversammlung findet mindestens alle 2 Jahre statt. Sie nimmt den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes entgegen, legt die grundsätzlichen Richtlinien der Arbeit fest und wählt den Hauptvorstand.

2. Hauptvorstand.

Der Hauptvorstand besteht aus dem ersten Vorsitzenden, zwei gleichberechtigten Stellvertretern, dem Hauptgeschäftsführer, den Vorsitzenden der Landessozialausschüsse und 8—10 Beisitzern.

Der Hauptvorstand wählt aus seiner Mitte den geschäftsführenden Vorstand.

3. Gliederung der nachgeordneten Organe.

Die Landes-, Bezirks- und Kreis- (bzw. Orts- und Betriebs-) Sozialausschüsse bilden sich nach gleichen Grundsätzen.

4. Hauptausschuß.

Dem Hauptausschuß gehören an:

Die Mitglieder des Hauptvorstandes, die Landessozialsekretäre, die Bezirksvorsitzenden und die Bezirkssekretäre der Sozialausschüsse, die Arbeitnehmervertreter des Bundestages und die Vorsitzenden der Arbeitskreise.

Der geschäftsführende Hauptvorstand beruft den Hauptausschuß nach Bedarf oder nach Aufforderung von drei oder mehr Landessozialausschüssen, mindestens aber zweimal im Jahr ein.

IV. Mitgliedschaft.

Die Mitgliedschaft wird erworben: Durch Anerkennung der Satzung, praktische Mitarbeit. Die Delegierten und Verantwortungsträger der Sozialausschüsse müssen der CDU angehören.

V. Finanzierung.

Beiträge zahlen diejenigen Mitglieder, die aus den Reihen der Arbeitnehmerschaft in höhere Verantwortungen gelangt sind, sei es in der Wirtschaft, Verwaltung oder Politik.

Alles Nähere über die Erhebung und Aufteilung der Beiträge regelt der Hauptvorstand.

VI. Arbeitskreise.

Für bestimmte Aufgaben werden Arbeitskreise gebildet. Vorgesehen sind folgende:

- Arbeitskreis für Organisationsfragen,
- Arbeitskreis für wirtschaftspolitische Fragen,
- Arbeitskreise für sozialpolitische Fragen,
- Arbeitskreis für Gewerkschaftsfragen,
- Arbeitskreis für Genossenschaftsfragen,
- Arbeitskreis für Wohnungsbau und Siedlungswesen,
- Arbeitskreis für berufstätige Frauen.

Weitere Arbeitskreise können gebildet werden.

VII. Allgemeines.

1. Mit der Arbeitnehmergruppe der CSU besteht eine Arbeitsgemeinschaft.
2. Der Vorsitzende der Sozialausschüsse im Bundesgebiet, die Vorsitzenden der Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortssozialausschüsse sollen den entsprechenden Vorständen der CDU angehören.
3. Aenderungen oder Ergänzungen der Satzung bedürfen einer Zweidrittelmehrheit in der Hauptversammlung.

A II e 4 Bundestag**„Bonner Bundeszentraltheater“**

Der württembergisch-badische Ministerpräsident Maier war in einer denkbar schwachen Position, als er in Anwesenheit des amerikanischen Hohen Kommissars das Wort vom „Bonner Bundeszentraltheater“ sprach. Wer selber im Glashaute sitzt, sollte nach landläufiger Auffassung nicht mit Steinen werfen. Wer wollte aber bestreiten, daß der Stuttgarter Entnazifizierungsskandal nicht ein sehr empfindsamer Punkt für die Regierung Maier ist! Es mag für den Außenstehenden nicht leicht sein, diesen Skandal in seinem ganzen Umfang und seine einzelnen Bestandteile in ihren vielfältigen, teils unterirdisch verlaufenden Querverbindungen zu durchleuchten. Soviel ist immerhin bekannt geworden, daß die ganze Affäre eine außerordentliche Belastung für die Landesregierung darstellt. Wenn die damit ausgelöste Krise von Dr. Maier nun noch dazu benutzt wird — ob aus bösem Willen oder aus Blindheit sei dahingestellt —, auch außenpolitisches Porzellan zu zerschlagen, dann ist das Maß übertoll. Der ehemalige demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Maier sollte zu genau wissen, daß man einen Skandal nicht mit einem noch größeren zudecken und dann obendrein die gekränkte Leberwurst spielen kann. Den gegen die Bonner Regierung erhobenen Vorwurf hat er als einen lapsus linguae mit Bedauern zurückgenommen. Aber er täuscht sich sehr, wenn er annimmt, daß damit die Sache aus der Welt geschafft sei. Und es täuschen sich zum anderen die Abgeordneten des Stuttgarter Landtages, die, aus welchen Gründen auch immer, diesen lapsus mit dem Mäntelchen der Nächstenliebe zudecken möchten. So leicht läßt sich die Schmähung höchster Regierungsstellen und die Beschimpfung unserer parlamentarischen Institutionen nicht aus der Welt schaffen. Wir erwarten von dem Ministerpräsidenten Dr. Maier, daß er aus seinem Verhalten die Konsequenzen zieht, und wir erwarten von den Abgeordneten, die es ablehnen, die Dinge zu verniedlichen, daß sie ihm deutlich machen, was noch seines Amtes ist.

C b Landesparteien**Südbadische CDU distanziert sich von Dr. Wirth**

Ausgerechnet die SPD-Versammlung und das Auftreten Dr. Schumachers in Freiburg am 26. Januar hatte Altreichskanzler Dr. Wirth zum Anlaß genommen, seiner Sympathie für den SPD-Führer beredten Ausdruck zu geben. Ihm attestierte er „wahren Staatsgeist“, er billigte „in vielen Punkten“ die an der Regierung Adenauer geübte Kritik, und er ersuchte den Bundeskanzler, „seinen Rücktritt anzutreten“. Dr. Wirth behauptete weiter, ohne den Beweis dafür anzutreten, in der Bundesregierung säßen Männer, „die die Atmosphäre inner- und außerhalb Deutschlands ständig vergifteten“. Dr. Wirth, dessen einseitige politische Linksorientierung aus seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter des Zentrums aus den Jahren vor 1933 hinreichend bekannt ist, hat damit bewiesen, daß ihm jedes rechte Maß für die objektive Beurteilung der heutigen politischen Zusammenhänge abhanden gekommen ist. Er wäre besser beraten gewesen, wenn er sich die Reden Schumachers vor und nach der Bundestagswahl etwas genauer angesehen hätte. Mit seinem Auftreten in Freiburg hat er sich des letzten Restes eines fast erloschenen Glanzes entäußert. Seine Versuche, heute die CDU als Ort der Verunreinigung zu mißbrauchen, die er mit seinem Artikel zum südbadischen Parteitag in der Freiburger „Tagespost“ vom 8. Februar fortsetzte, sind kläglich gescheitert. Die Parteileitung der südbadischen CDU hat sich in einem offiziellen Schreiben scharf von Dr. Wirth distanziert und aus seinem Verhalten die einzig möglichen Folgerungen gezogen.

C c Ausschüsse**Deutschlandtagung der Frauenarbeitsgemeinschaft**

Die ursprünglich für Januar vorgesehene Deutschlandtagung der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU findet nunmehr am 25.—26. Februar im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter unter dem Vorsitz von Frau Dr. Helene Weber, MdB., statt. Im Vordergrund der Beratungen steht die Gleichberechtigung der Frau, die unter dem Gesichtspunkt des Beamtenrechts, des Arbeitsrechts und des Familienrechts behandelt wird.

C b Landesparteien**Tagung des Zonenausschusses**

Der Zonenausschuß der CDU der britischen Zone befaßte sich am 6. Februar ausführlich mit der Frage einer festeren organisatorischen Bindung zwischen den einzelnen Landesverbänden der CDU innerhalb der britischen Zone und darüber hinaus im Bundesgebiet. Bereits um die Jahreswende wurden vom Zonensekretariat in Köln Maßnahmen eingeleitet, die dem beschleunigten Aufbau einer Parteiorganisation dienen sollen. Für den Zonenvorstand und für den geschäftsführenden Zonenvorstand wurden Ergänzungswahlen vorgenommen. Außer den vier bereits auf dem Parteitag gewählten Zonenvorsitzenden Dr. Adenauer, Dr. Holzappel, Dr. Kather und Frau Dr. Gröwel setzt sich der Vorstand noch aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Schröter (Schleswig-Holstein), Gockeln (Nordrhein-Westfalen), Dr. Six (Junge Union), Frau Dr. Weber (Frauenarbeit) und Oberkirchenrat Cillien (Niedersachsen). Die fünf Letztgenannten bilden mit Dr. Holzappel zusammen den geschäftsführenden Vorstand, der wöchentlich einmal in Bonn zu einer Sitzung zusammentreten wird. Eingeleitet wurde die Tagung mit einem Referat des ersten Vorsitzenden, Dr. Adenauer, der die organisatorische und politische Lage der Union in den einzelnen Bundesländern unter dem Aspekt künftiger Landtagswahlen einer eingehenden Betrachtung unterzog.

A IV 8 b Berlin**Bundesbevollmächtigter für Berlin**

Die Ernennung von Dr. Vockel zum Bevollmächtigten der Bundesregierung für Berlin ist der sichtbare Ausdruck dafür, daß die Regierung gewillt ist, die engsten Verbindungen zu der hart geprüften Berliner Bevölkerung zu unterhalten. Auf wirtschaftlichem Gebiete sind bereits vor Wochen wichtige Maßnahmen zur Belegung der Berliner Wirtschaft eingeleitet worden. Die Ernennung des Bundesbevollmächtigten, der seit Jahren in einem engen Vertrauensverhältnis zu Dr. Adenauer steht, wird dazu beitragen, diese wirtschaftlichen Maßnahmen zum größtmöglichen Erfolg zu führen. Sie wird darüber hinaus der Bevölkerung und den Organisationen Gelegenheit geben, ihre Wünsche und Sorgen an maßgebender Stelle zu Gehör zu bringen. Daß Dr. Vockel mit dieser hohen Aufgabe betraut wurde, ist für die Westberliner CDU ein besonderer Vertrauensbeweis. Der Beauftragte gehört zum Kreise jener Männer, die 1945 in der früheren Reichshauptstadt die CDU ins Leben riefen. Aus der Zentrumspartei hervorgegangen, der er lange Zeit als Generalsekretär und später als Reichstagsabgeordneter diente, repräsentiert der nunmehr 57jährige Bundesbevollmächtigte eine in gleicher Weise wirtschaftlich wie politisch erfahrene Persönlichkeit von echt christlicher Prägung. Dr. Vockel hat am 2. Februar seine Amtsgeschäfte übernommen.

A VI Sowj. bes. Zone**Die Nationale Front der SED**

Die von der SED mit aller Macht propagierte Nationale Front ist das trojanische Pferd, mittels dessen die bolschewistischen Einheitsideen in die westdeutschen Länder eingeführt werden sollen. Der organisatorische Aufbau der Nationalen Front erfuhr am 2. Februar seinen Abschluß durch die Bildung eines aus 65 Köpfen bestehenden „Nationalrates“, der von der Ostzonen-Presse als „Generalstab für den Frieden“ deklariert wird. Seinem geschäftsführenden Vorstand gehört u. a. auch Oto Nuschke an. Außer ihm sind von der Ost-CDU im Nationalrat vertreten: Außenminister Georg Dertinger, die Stadträtin Dr. Stark-Wintersig, aus Thüringen der Landessekretär Max Schmidt, aus Mecklenburg der Präsident der Länderkammer, Dr. Lobedanz, aus Sachsen-Anhalt Dr. Moritz (Hettstedt) und der Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, aus Sachsen der stellvertretende Landrat des Kreises Aue, Magnus Dedek.

A VII Deutsche Ostgebiete**Ostgebiete im Erdkunde - Unterricht**

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschloß der Kreistag des Landkreises Lüneburg einstimmig, den Schulaufsichtsbehörden die Behandlung der deutschen Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie im Erdkunde- und Geschichtsunterricht zu empfehlen. Es wird insbesondere auf die wirtschaftliche Bedeutung der Ostgebiete für Deutschland und Europa hingewiesen.